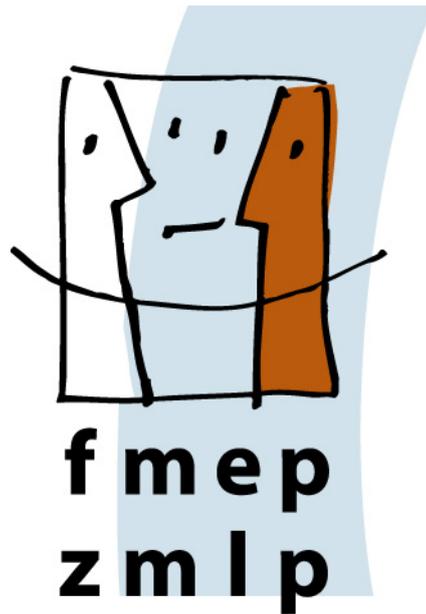


# MEDIENDOKUMENTATION



## Inhalt

Mediencommuniqué	2
Doppeldeutige Motionen	3 - 4
Sparstrumpf auf dem Buckel des öffentlichen Dienstes	5
Mehr arbeiten, um weniger zu verdienen	6
Beilagen :	
Die ZMLP-Resolution	
Die Motionen	

# Parlamentarische Motionen oder versteckte Sparmassnahmen?

**Drei parlamentarische Motionen der C-Parteien könnten „maskiert“ zum Ziel gelangen. Verbirgt sich unter dem Mäntelchen der gleichen Behandlung für die Staatsangestellten nicht der Wunsch, die Lohnmasse noch mehr zu kürzen? Der öffentliche Dienst hat bereits sehr viel zu den Sparmassnahmen beigetragen. Der ZMLP sagt STOPP.**

Eine Motion scheint voller guter Absichten, indem sie Flexibilität und Gerechtigkeit im Lohnsystem und der Besoldung der Angestellten des öffentlichen Dienstes vorschlägt. Aber diese Flexibilität soll „erlauben, die Löhne anzupassen, um dazu beizutragen, die kantonalen Finanzen zu sanieren.“ Das ist ziemlich klar. Die zweite möchte ein einheitliches Lohnsystem, ohne Leistungsprämien. Doch die Abschaffung der Belohnung für Verdienste bedeutet unfehlbar, die Leistungen des Staates an seine Angestellten um mehrere Millionen zu stutzen. Die dritte Motion kommt unverhüllt daher. Sie möchte die Budgets des parastaatlichen Sektors (Spitäler, Sozialmedizinische Zentren, Alters- und Pflegeheime, soziale Institutionen) im gleichen Mass senken, um sie an die gekürzte Lohnsumme der Staatsangestellten anzupassen.

Der öffentliche Dienst des Wallis, der für die Finanzverwaltung des Kantons in nichts verantwortlich ist, hat schon sehr viel zur Senkung der Staatskosten beigetragen (ungefähr 900 Millionen seit den 2000er-Jahren). Zudem ist er im Vergleich zu den anderen Kantonen ganz klar personell unterdotiert, wie eine Studie von BAKBasel gezeigt hat. Die Angestellten des Gesundheitssektors leisten ebenfalls viel mit weniger Personal als anderswo in der Schweiz.

## **Mehr arbeiten, um weniger zu verdienen?**

Der ZMLP sagt es in zwei Worten: Es genügt. Mit den Sparprogrammen PAS 1, dem Dekret für ein ausgeglichenes Budget 2015, der Reduzierung der Leistungsprämien und der Erfahrungszulagen, den mit PAS 2 angekündigten Kürzungen und dem Stellenabbau ist die Walliser Politik daran, sich auf dem Buckel des öffentlichen Dienstes einen Sparstrumpf zu stricken. Die Fehlbeträge 2013 und 2014 wurden praktisch ausgeglichen. Die Rechnung 2015 sollte im grünen Bereich sein. Trotz diesem guten Kontext scheint die Zeit der Budgetkürzungen nicht vorbei zu sein, und der Grossrat wird von Motionen überflutet, die den öffentlichen Dienst zur Zielscheibe haben!

**Der ZMLP fordert, dass endlich eine globale Strategie für das Personal definiert wird, die auf drei Pfeilern ruht: dem Lohnsystem, den Arbeitsbedingungen und der Pensionskasse (PKWAL).**

**Für mehr Informationen:** Die ZMLP-Präsidentin Marylène Volpi Fournier und der ZMLP-Direktor Urs Zenhäusern halten sich unter 078 607 11 06 und unter 079 449 36 31 zu Ihrer Verfügung.

# Doppeldeutige Motionen

## Was sie sagen

**Die Besoldung der Angestellten des öffentlichen Dienstes ist seit einigen Monaten Dauerthema im Grossen Rat.** Im November reichten christlich-demokratische Abgeordnete aus allen Gruppen drei Motionen ein.

**Alle haben die gleichen Ziele**, nämlich die Gleichheit der Besoldung unter den Staatsangestellten (Zentralverwaltung, Lehrpersonen, Polizisten, Magistraten, Kantoniere) zu garantieren; das Lohnsystem zu vereinheitlichen, indem man es mit neuen gesetzlichen Grundsätzen versieht, um die Flexibilität und nebenbei auch den Handlungsspielraum der Politik zum Zweck neuer Sparmassnahmen zu erhöhen.

**Der ZMLP ist absolut für das Prinzip der Besoldungsgleichheit.** Seine 9500 Mitglieder, die in 12 Vereinigungen versammelt sind, müssen in einem kohärenten Lohn- und Sozialsystem arbeiten. Wenn man diese Motionen ein bisschen genauer liest, entdeckt man aber eine gefährliche Doppeldeutigkeit. Unter dem Mantel der Gleichheit der Besoldung könnten sie zu einem Instrument werden, um die Löhne der Staatsangestellten und in den parastaatlichen Institutionen (Spitäler des Wallis, soziale Institutionen, Pflegeheime, soziomedizinische Zentren) zu kürzen.

## Was dahinter stecken kann

**« Für mehr Gerechtigkeit bei den möglichen Lohnanpassungen ».**

Dem Titel dieser Motion, die am 11. November 2015 von Jérôme Buttet und verschiedenen Mitunterzeichnenden der christlich-demokratischen Familie aus dem Unter- und Oberwallis eingereicht wurde, gibt es nichts hinzuzufügen.

Ein paar Sätze weiter ist man weniger sicher: «Die verschiedenen Gesetzgebungen, die die Kategorien des Personals des öffentlichen Dienstes betreffen, sollten mehr Flexibilität ermöglichen, indem sie erlauben, die Besoldung seiner Angestellten anzupassen, um zur Sanierung der kantonalen Finanzen beizutragen.»

→ Wenn die Finanzen via die Lohnsumme saniert werden sollen, kann man letztere nur reduzieren. Die Gleichheit ist da, aber auf niedrigerem Niveau.

**Das Verdienst wird ausgemustert. «Ein einheitliches Lohnsystem ohne Leistungsprämien.»**

Diego Clausen (CSPO) und die christlich-demokratischen Mitunterzeichnenden der CVPO und der CVP des Zentral- und Unterwallis wollen im staatlichen Lohnsystem Ordnung schaffen, indem sie das System der Wertschätzung der Leistung via Lohn angreifen. Hier wünscht man sich ebenfalls die Schaffung einer Gesetzesgrundlage.

→ Leistungsprämien abzuschaffen, bedeutet natürlich, die gesamte Lohnsumme nach unten zu korrigieren.

**«In Betracht ziehen der Subventionen an die parastaatlichen Institutionen.»**

Die dritte Motion der Abgeordneten aller CVP-Gruppierungen im Parlament will die Schraube noch mehr anziehen. Zur Erinnerung: Das Parlament hatte im Dezember 2015 akzeptiert, die Leistungsprämien und Erfahrungszulagen zusammenzustreichen. Das alles für eine Ersparnis von 6.6 Millionen Franken.

Die Politik möchte die Budgets der parastaatlichen Institutionen (Spitäler, soziomedizinische Zentren, Pflegeheime, soziale Institutionen) im gleichen Ausmass kürzen, damit diese der gesenkten Lohnsumme der Staatsangestellten entsprechen.

→ Der ZMLP hat diese ungerechte und demotivierende Massnahme bekämpft. Natürlich wird er ihre Ausweitung auf das Personal des parastaatlichen Sektors nicht unterstützen.

**Der ZMLP lehnt es ab, dass diese Motionen als Instrumente benutzt werden, um auf Kosten der Lohnsumme der Angestellten des öffentlichen Dienstes zu sparen.**

## Man strickt einen Sparstrumpf auf dem Buckel des öffentlichen Dienstes

**PAS 1, die erste Masche.** Das vom ZMLP bekämpfte Dekret hat 2015 rund 30 Millionen Franken Ersparnisse gebracht. Es wird 2016 und 2017 zusätzlich in etwa 30 Millionen einsparen. Die Walliser Schulen haben fast 100 Vollzeitstellen verloren.

**PAS 2, die zweite Masche.** Das Institut BAKBasel, das mandatiert war, den Haushalt des Staates Wallis zu analysieren, schlägt Kürzungen im Staatsbudget von 70 Millionen vor. Die Regierung hält dies nicht für genügend. Sie schlägt Kürzungen von 120 Millionen vor.

**Die Ausschüttung der SNB, die dritte Masche?** Im Januar 2015 profitierte der Kanton von einem unerwarteten Geschenk. Dank der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank flossen 53.4 Millionen Franken in die Walliser Kantonskassen. Sparmassnahmen hatten bereits erlaubt, die Fehlbeträge aus den Jahren 2013 und 2014 auszugleichen. Diese 53.4 Millionen hatten den Effekt eines zusätzlichen Bonus, mit dem praktisch der gesamte restliche Fehlbetrag getilgt wurde. Im Januar 2016 kündigte die SNB erneut an, dem Wallis 26 Millionen zu überweisen. Möchte der Staat sie in sein Sparschwein legen, sie auf die Seite legen wie man sich eine Kriegsreserve schafft, und weiterhin sein Sparprogramm fahren? Die Frage zu stellen, bedeutet, sie schon fast zu beantworten.

**An der kantonalen Abstimmung von Ende November 2015 akzeptierte das Walliser Volk mit 54.5% Ja-Anteil ein Spardekret, das unter anderem die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer beinhaltetete. Das Referendum, das der VSE ergriffen hatte, war also erfolglos.**

### **ZUSAMMENGEFASST:**

1. Die Sparmassnahmen der PAS 1 sind noch immer wirksam.
2. Zusätzliche Sparmassnahmen in der Höhe von 34 Millionen Franken bleiben dank dem Dekret 2015 erhalten.
3. Das «SNB-Geschenk» spült 26 Millionen Franken frisches Geld in die Staatskassen.
4. Die Rechnung 2015 des Staates Wallis dürfte einen Gewinn ausweisen.

**Um die Kantonsfinanzen nachhaltig zu sichern und eine zukünftige Verschlechterung zu verhindern, müssen die Regierung und das Parlament andere finanzielle Ressourcen finden.**

## Mehr arbeiten, um weniger zu verdienen

**Seit den 2000er-Jahren erlaubten die Angestellten des Staates Wallis dem Staat ungefähr 900 Millionen Franken zu sparen.** Hinausschieben des 13. Monatslohnes, Karenzfrist für neue Stellen (Personalstopp, Erhöhung des Pensionierungsalters, Kürzung der Leistungsprämien und der Erfahrungszulage). Ihre Opfer waren gross und zahlreich. Dabei sind sie in nichts verantwortlich für die schwankende Gesundheit der Walliser Finanzen 2013 und 2014. Es ist inakzeptabel, dass man sie die Rechnung zahlen lassen will.

**Die kantonale Verwaltung, einschliesslich die Polizei, ist im Verhältnis zu den anderen Kantonen personell klar unterdotiert.** Es ist das Institut BAKBasel, das dies in einer Studie sagt, die Anfang 2016 veröffentlicht wurde. Die Personaldotation des Staates Wallis ist um 15% niedriger als der interkantonale Durchschnitt in der Schweiz. Der öffentliche Dienst im Wallis arbeitet schon viel mit wenig Personal. Möchte man noch, dass ihre Angestellten doppelt bestraft werden: viel arbeiten, um weniger zu verdienen?

**Endlich eine globale Vision ?** Der ZMLP fordert vom Staat, dass er sich aus den Niederungen erhebt und einen Rahmen aus drei Säulen der Personalpolitik steckt: die Löhne, die Arbeitsbedingungen und die Pensionskasse (PKWAL).

- 1. Der ZMLP ist dagegen, dass die Leistungsprämien und Erfahrungszulage 2017, 2018 und 2019 um 40% amputiert werden. Der Verband fordert endlich eine globale Vision der Personalpolitik.**
- 2. Der ZMLP ist dagegen, dass die verschiedenen CVP-Motionen unter dem Deckmäntelchen der Besoldungsgleichheit zu einer generellen Reduktion der Lohnsumme der Staatsangestellten und derjenigen des parastaatlichen Sektors führen.**
- 3. Der ZMLP fordert, dass die Politik eine globale Vision der drei Säulen entwickelt, welche die Arbeitsbedingungen, die Besoldung und die Pensionskasse des Staatspersonals umfassen.**

# Resolution einstimmig an der DV des ZMLP am 7. November 2015 beschlossen

*«Für eine Gleichbehandlung der Angestellten des öffentlichen Dienstes»*

## **Erwägend :**

- Der Staatsrat schlägt vor, unter Berücksichtigung der gültigen rechtlichen Bestimmungen auf die progressive individuelle Erhöhung aufgrund der Leistung sowie auf die Leistungsprämie einen Koeffizienten von 0.6 (statt 1) anzuwenden, also nur für einen Teil der Angestellten des Staates Wallis, und nicht für bestimmte Angestellte der Gerichte (Richter und Gerichtsschreiber sind nicht betroffen) und bestimmte Lehrpersonen (30% sind nicht betroffen). Die Finanzkommission des Grossen Rates (FIKO) hat diesen Vorschlag genehmigt.
- Dieser Entscheid tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.
- Der Staatsrat hat beschlossen, diese Massnahme 2017, 2018 und 2019 fortzusetzen.
- Eine diskriminierende Massnahme, die nur einige Staatsangestellte bestrafen wird, darunter die treuesten, motiviertesten und leistungsstärksten, da die Massnahme die Erfahrungszulage und die Leistungsprämien betrifft.
- Die FIKO verlangt, dass die gleichen Massnahmen auch auf den parastaatlichen Sektor, der einen Leistungsauftrag hat und von Subventionen finanziert wird (Spitäler, soziale Institutionen, Pflegeheime, medizinisch-soziale Zentren usw.) angewandt werden, im Wissen darum, dass diese Massnahme nicht auf alle Angestellten des Staates Wallis angewandt wird.
- Die Staatsfinanzen sind negativ. Der Grund ist nicht ein überdimensionierter öffentlicher Dienst. Es ist daher nicht akzeptabel, dass die Konsequenzen von einigen Angestellten getragen werden sollen.

## **Die ZMLP-Delegierten in Sitten :**

- lehnen diese ungleichbehandelnden und diskriminierenden Lohn-Sparmassnahmen auf dem Buckel nur einzelner Teile des Personals, mit dem Ziel eines ausgeglichenen Staatsbudgets, ab. In den letzten Jahren haben die Staatsdiener des öffentlichen Dienstes schon genug zum Sparen beigetragen mit Kürzungen ihres Lohnes in Form von *«gewichtiger Leistungsabbau in der Pensionskasse, Wartefristen, Aufschub des 13. Monatslohnes, Karenzfrist für neue Stellen, Personalstopp usw... »*; diese gleichen Personen sind wieder betroffen;
- lehnen alle ungerechten und ungleichbehandelnden Massnahmen für seine Mitglieder ab;
- verlangen, dass die getroffenen Massnahmen jedes Jahr vor der Erarbeitung des Budgets analysiert werden, und nicht automatisch in die Integrierte Mehrjahresplanung aufgenommen werden.
- fordern, dass im Fall, dass die Massnahme trotzdem angewandt wird, der Koeffizient so rasch wie möglich wieder in den gleichen Proportionen wirksam wird, indem er 1.4 statt 1 beträgt;
- verlangen, dass der Grossrat und der Staatsrat andere Finanzmittel findet.

## MOTION

**Auteur** Diego Clausen, CSPO, Beat Rieder, CVPO, Jérôme Buttet, PDCB, et Sidney Kamerzin, PDCC  
**Objet** Prise en compte des contributions subventionnées aux institutions semi-étatiques  
**Date** 13.11.2015  
**Numéro** 1.0155

---

Durant les délibérations budgétaires 2016, le Conseil d'Etat a proposé une diminution de 6,6 millions de francs au niveau des salaires des employés de l'Etat. En 2016, les allocations d'expérience et de performance doivent être passées de 1,0 à 0,6. Il n'existe pas de base légale pour une adaptation équivalente (cf. adaptation salariale) des contributions subventionnées aux institutions semi-étatiques.

### **Conclusion**

Pour les réductions ou augmentations nécessaires de salaire en raison de moyens insuffisants au moment des délibérations budgétaires ou à cause du contexte économique instable, les subventions aux institutions semi-étatiques (para-étatiques) qui en bénéficient doivent être réduites ou élevées dans la même mesure que les adaptations de salaires proposées. Nous exigeons du Conseil d'Etat la base légale nécessaire correspondante.

## MOTION

**Urheber** Diego Clausen, CSPO, Beat Rieder, CVPO, Jérôme Buttet, PDCB, und Sidney Kamerzin, PDCC  
**Gegenstand** Miteinbezug der subventionierten Beiträge an die halbstaatlichen Institutionen  
**Datum** 13.11.2015  
**Nummer** 1.0155

---

Während der Budgetdebatte 2016 schlug der Staatsrat eine Lohnkürzung von 6,6 Millionen Franken bei den Löhnen der Staatsangestellten vor. Die Erfahrungs- und Leistungszulagen sollen 2016 von 1,0 auf 0,6 gesenkt werden. Es besteht keine Gesetzesbasis für die äquivalente Anpassung (vgl. Lohnanpassungen) der subventionierten Beiträge an die halbstaatlichen Institutionen.

### **Schlussfolgerung**

Für nötige Lohnkürzungen oder Lohnanhebungen aufgrund fehlender Gelder bei Budgetdebatten oder aufgrund der volatilen Wirtschaftslage sind die Subventions-Beiträge an die subventionierten halbstaatlichen (parastaatlichen) Institutionen im selben Verhältnis zu den vorgeschlagenen Lohnanpassungen zu kürzen bzw. anzuheben.  
Wir verlangen vom Staatsrat hierzu die dafür nötige gesetzliche Basis.

Type d'intervention / Art des Vorstosses

Motion

Urgent / Dringend

Département / Departement

I. DFI

Auteur / Urheber

Clausen Diego, CSPO

1. Coauteur / 1. Miturheber

Rieder Beat, CVPO

2. Coauteur / 2. Miturheber

Buttet Jérôme, PDCB

3. Coauteur / 3. Miturheber

Kamerzin Sidney, PDCC

Si dépôt au nom d'un groupe / Im Falle der Hinterlegung im Namen einer Fraktion

Si dépôt au nom d'une commission / Im Falle der Hinterlegung im Namen einer Kommission

Titre / Titel

Miteinbezug der subventionierten Beiträge an die halbstaatlichen Institutionen

Texte de l'intervention / Text des Vorstosses

Während der Budgetdebatte 2016 schlug der Staatsrat eine Lohnkürzung von 6.6 Mio. Franken bei den Löhnen der Staatsangestellten vor. Die Erfahrungs- und Leistungszulagen sollen 2016 von 1.0 auf 0.6 gesenkt werden. Es besteht keine Gesetzesbasis für die äquivalente Anpassung (vgl. Lohnanpassungen) der subventionierten Beiträge an die halbstaatlichen Institutionen.

Conclusion / Schlussfolgerung

Für nötige Lohnkürzungen oder Lohnanhebungen aufgrund fehlender Gelder bei Budgetdebatten oder aufgrund der volatilen Wirtschaftslage, sind die Subventions-Beiträge an die subventionierten halbstaatlichen (parastaatlichen) Institutionen im selben Verhältnis zu den vorgeschlagenen Lohnanpassungen zu kürzen bzw. anzuheben.

Wir verlangen vom Staatsrat hierzu die dafür nötige gesetzliche Basis.

Date de l'envoi / Tag der Hinterlegung

13/11/2015

Signature / Unterschrift

Type d'intervention / Art des Vorstosses

Motion

Urgent / Dringend

Département / Departement

I. DFI

Auteur / Urheber

1. Coauteur / 1. Miturheber

Buttet Jérôme, PDCB

Théoduloz David, PDCC

2. Coauteur / 2. Miturheber

3. Coauteur / 3. Miturheber

Clausen Diego, CSPO

Rieder Beat, CVPO

Si dépôt au nom d'un groupe / Im Falle der Hinterlegung im Namen einer Fraktion

PDCC [Théoduloz David / Kamerzin Sidney]  
CVPO [Rieder Beat / Bregy Philipp Matthias]  
PDCB [Buttet Jérôme / Roch Jean-Didier]  
CSPO [Clausen Diego / Bregy Alain]

Si dépôt au nom d'une commission / Im Falle der Hinterlegung im Namen einer Kommission

Titre / Titel

Pou plus d'équité dans les éventuelles adaptations de traitements

Texte de l'intervention / Text des Vorstosses

Dans la situation économique difficile actuelle, nous sommes d'avis que les différentes législations concernant l'ensemble des catégories de personnel de la fonction publique (personnel administratif, enseignants, magistrats, greffiers, etc.) devraient offrir plus de souplesse qu'actuellement en permettant d'adapter le traitement de ses agents afin de contribuer à assainir les finances cantonales.

Conclusion / Schlussfolgerung

Nous demandons une modification de l'ensemble des législations concernées afin d'y insérer la possibilité d'adapter les traitements et de le faire en assurant une égalité de traitements entre les différentes catégories de personnel.

Ces modifications légales devaient être en force pour la construction du budget 2017.

Date de l'envoi / Tag der Hinterlegung

11/11/2015

Signature / Unterschrift

Type d'intervention / Art des Vorstosses

Motion

Urgent / Dringend

Département / Departement

1. DFI

Auteur / Urheber

1. Coauteur / 1. Miturheber

Clausen Diego, CSPO

Rieder Beat, CVPO

2. Coauteur / 2. Miturheber

3. Coauteur / 3. Miturheber

Buttet Jérôme, PDCE

Kamerzin Sidney, PDCC

Si dépôt au nom d'un groupe / Im Falle der Hinterlegung im Namen einer Fraktion

Si dépôt au nom d'une commission / Im Falle der Hinterlegung im Namen einer Kommission

Titre / Titel

Einheitliches Lohnsystem ohne Leistungsanteile

Texte de l'intervention / Text des Vorstosses

Während der Budgetdebatte 2016 schlug der Staatsrat eine Lohnkürzung von 6.6 Mio. Franken bei den Löhnen der Staatsangestellten vor. Die Erfahrungs- und Leistungszulagen sollen 2016 von 1.0 auf 0.6 gesenkt werden. Eine äquivalente Handhabung, sei es für nötige Lohnkürzungen oder sei es für Lohnanhebungen, ist so nie gegeben. Es fehlt ein einheitliches Entlohnungssystem.

Conclusion / Schlussfolgerung

Wir verlangen vom Staatsrat eine einheitliche Lösung (gesetzliche Basis) bei den Löhnen über alle betroffenen Lohnbezüger (Lehrer, Verwaltung, Magistraten, etc.).  
Hierzu ist ein Lohnsystem basierend auf Leistungszulagen (Boni, etc.) zu streichen.

Date de l'envoi / Tag der Hinterlegung

13/11/2015

Signature / Unterschrift

\_\_\_\_\_